

Gökay Akbulut // Mitglied des Deutschen Bundestages // migrationspolitische & integrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sehr geehrte Mitglieder des Europarates,
sehr geehrter Herr Marques,
sehr geehrter Herr Hajdukovic,
sehr geehrter Herr Außenminister,
sehr geehrte Gastgeber,

Ich freue mich als Diskussionsteilnehmerin aus der deutschen Delegation des Europarates heute am Diaspora-Forum in Istanbul teilnehmen zu können. Die „politische Beteiligung der Diaspora als Dimension der Integration“ ist eine komplexe und spannende Fragestellung, mit der wir uns in diesem Forum auseinandersetzen werden. Die Beteiligung von verschiedenen Akteuren aber insbesondere der Diasporaverbände erachte ich als einen zentralen Aspekt in der Klärung der verschiedenen Fragestellungen und Perspektive dieser Diskussion. Ich freue mich insbesondere auf die Beiträge der Aktivitäten und Erfahrungen der Diasporaverbände und eine konstruktive Diskussion.

Seit einigen Jahren findet in Deutschland eine intensive politische, mediale und gesellschaftliche Diskussion zur Einwanderungspolitik statt. Die Themen Flucht und Asyl aber auch Migration wurden als zentral bei den verschiedenen Wahlen von EU bis Kommunalwahl betrachtet. Obwohl Deutschland ein Einwanderungsland ist und in verschiedenen Phasen nach dem 2. Weltkrieg Einwanderung unterschiedlicher Gruppen stattgefunden hat, sind die gesetzlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine wirkliche Teilhabe der MigrantInnen über Jahrzehnte nicht geschaffen worden. Die Regierungspartei CDU/CSU hat über Jahrzehnte sich geweigert, Deutschland als ein Einwanderungsland zu akzeptieren und sich geweigert gleichberechtigte Lebensbedingungen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der unterschiedlichen Migrantischen Gruppen herzustellen. Inzwischen haben fast 23 % der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund, dennoch ist die Benachteiligung und Diskriminierung in allen Lebensbereichen vorhanden.

Ob auf dem Wohnungsmarkt, dem Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich, nach wie vor werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion und Hautfarbe diskriminiert. Die Repräsentation von MigrantInnen in der Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Führungspositionen ist gering. Die restriktive Einwanderungspolitik erschwert die Teilhabe und Selbstbestimmung der MigrantInnen. Alltagsrassismus sowie rassistische Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und MigrantInnen sind nach wie vor Realität in Deutschland. In Fragen des Aufenthaltsrechts, Wahlrechts und Staatsangehörigkeit sind viele Regulierungen/Reformen für die Stärkung der Rechte der MigrantInnen und einer erfolgreichen Einwanderungspolitik notwendig. Während MigrantInnen und Migrantische Lebenswelten in vielen Städten und Ballungszentren sich zu gesellschaftlicher Vielfalt und Normalität entwickelt hat, sind in Ostdeutschland und im ländlichen Raum der Flächenländer Vorurteile und Rassismus gegenüber MigrantInnen Realität.

Die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Flüchtlingen hat sich jedoch in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Inzwischen werden Migrantenselbstorganisationen in die Integrationsdebatten und Maßnahmen eingebunden und werden auf unterschiedlichen Ebenen als Akteure der Migration betrachtet. Die Vielfalt der Migrantenselbstorganisationen/Diaspora Verbänden in Deutschland reicht von muslimischen Pfadfindervereinen bis hin zu Vietnamesischen Freundschaftsvereinen. Trotz mangelnder Ressourcen bieten MSOs ihren Mitgliedern vielfältige Angebote in den Bereichen: Bildung, Kultur, Sprache, Sport, Religionsunterricht etc. an. Sie stehen im Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen der Communities, der deutschen Politik und der deutschen Gesellschaft. Sowohl auf Bundes als auch Landes und Kommunalen Ebene wurden die Herausforderungen der Einwanderungspolitik mit verschiedenen Maßnahmen und Projekten angegangen. Die Bundesländer und Kommunen haben Programme in verschiedenen Bereichen u.a. der Bildung, Arbeit, Gesundheit für MigrantInnen eingeführt. Dazu gehören die Bereich, Interkulturelle Öffnung sowie Gesetze im Bereich Partizipation und Teilhabe, welche mittlerweile in vier von 16 Bundesländern eingeführt wurden.

Während einerseits ab den Jahren 2000 positive Entwicklungen in der Einwanderungspolitik verzeichnet wurden, hat sich mit der so genannten Flüchtlingswelle von 2015 ein politischer und gesellschaftlicher Roll-back entwickelt. Die Stimmung gegenüber MigrantInnen und Geflüchteten hat sich im öffentlichen Diskurs verändert.

Nach dem eine höhere Zahl von Geflüchteten im Herbst 2015 nach Europa und Deutschland kamen, hat sich das Thema Flüchtlinge und Migration zu einem zentralen Thema entwickelt. In den Politischen und Medialen Mainstream Debatten ist Einwanderungspolitik nach wie vor ein zentrales Thema. Mit dem Aufstieg rassistischer- und rechtspopulistischer Parteien in Europa und Deutschland wurden die konservativen und sozialdemokratischen Parteien in der Einwanderungspolitik unter Druck gesetzt. Dieser führte einerseits zu einer verschärften Atmosphäre gegenüber Geflüchteten innerhalb der Gesellschaft, was sich in einer erheblich erhöhten Anzahl von Anschlägen auf Unterkünfte Geflüchteter aber auch Alltagsrassismus im Allgemeinen äußert. Andererseits erleben wir eine Rechtsentwicklung innerhalb der Politik.

Derzeit werden in der Einwanderungspolitik die Themen Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Verschärfungen des Asylrechts debattiert und teilweise auch diese Woche schon im Bundestag beschlossen. Aufgrund des demographischen Wandels und eines erhöhten Fachkräfte Mangels in verschiedenen Branchen hat die Bundesregierung das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Die Oppositionsparteien Grüne und Linke haben das Gesetz als unzureichend und einseitig auf nationale Wirtschaftsinteressen geschnitten bezeichnet und abgelehnt. Die rechtspopulistische Partei AfD hingegen hat dem Gesetz aus anderen Gründen widersprochen. Sie sieht die Gefahr der Überfremdung und Islamisierung Deutschlands. Sie begründet ihre Auffassung steht's mit falschen Zahlen und fake news.

Während die Bundesregierung mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz versucht eine moderne Einwanderungspolitik nach Nationalen Wirtschaftsinteressen zu steuern, hat sie das schärfste Asylpaket der letzten Jahrzehnte in Deutschland verabschiedet. Massive Eingriffe in Menschen- und Grundrechte sowie Verstöße gegen europäisches und internationales Recht sind Bestandteile der Regelungen. Zahlreiche Experten haben Bedenken für die Umsetzung des FEG und des Asylpakets geäußert.

So gibt es beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz insbesondere die Bedenken, dass die beschlossenen Regelungen nicht dazu führen werden, dass wesentlich mehr Menschen nach Deutschland kommen können. Die Hürden sind sehr hoch. So wird beispielsweise ein bestimmtes Sprachniveau gefordert, meistens B1. Experten sagen, dass man 800 Std. Benötigt um auf dieses Niveau zu gelangen. Für viele ist das nicht realisierbar. Auch die Frage der Kosten für das Visumverfahren und den Sprachkurs ist entscheidend. Ein weiteres großes Problem ist die Anerkennung von Qualifikationen. Es hat hier Verbesserungen gegeben, allerdings wird man erst in der Anwendung sehen können, ob diese auch umgesetzt werden. Für das Visumverfahren wurde ein beschleunigtes Verfahren entwickelt, welches an den Botschaften stattfindet. Da muss natürlich personell aufgestockt werden und das darf z.B. natürlich nicht zu Lasten der Familienzusammenführungsverfahren führen.

Wir haben also ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das einen geringen Vorteil bringt in Bezug auf Öffnung für Einwanderung. Unabhängig von einem neuen FEG ist die Situation von migrantischen Beschäftigten nach wie vor prekär in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen von Ausbildung und Schule ganz zu schweigen. Etwa 40 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verfügt über keine Ausbildung in Deutschland.

Auf der anderen Seite haben wir eben extreme Verschärfungen im Bereich Asyl- und Migration. Menschen sollen schneller und effektiver abgeschoben werden.

Die Regierungskoalition benutzt dazu als politisches Framing: Humanität und Härte. Auf der einen Seite wolle man das internationale Flüchtlingsrecht respektieren und die vorgesehenen Schutzmechanismen anwenden, auf der anderen Seite präsentiert sich der Staat mit einer harten Linie gegenüber denjenigen, die in den vorgesehenen Verfahren keinen Erfolg hatten.

Insgesamt wurden sieben Gesetze verabschiedet in der letzten Woche im Rahmen eines so genannten Migrationspakets.

Unter anderem verschärfte Abschieberegelungen, etwa durch Erleichterung der Abschiebehaftung, verstärkte Mitwirkungspflichten und Sanktionsregelungen, Leistungskürzungen bis hin zu kompletten Leistungseinstellungen bei in anderen EU-Ländern anerkannten Flüchtlingen, welches gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012 zum AsylbLG verstößt. Das hatte damals festgestellt, dass gesetzliche Verschärfungen, die in die Würde des Menschen eingreifen und Leistungskürzung bedeuten, migrationspolitisch nicht begründet werden können!

Des Weiteren das Gesetz zur Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung. Eigentlich sollten hiermit Auszubildende mit einer „Ausbildungsduldung“ und Betriebe mehr Sicherheit erhalten, doch neben wenigen Verbesserungen werden wesentliche neue Hürden für den Erhalt einer Ausbildungsduldung aufgestellt, die in der Praxis vermutlich dazu führen werden, dass noch weniger Ausbildungsduldungen erteilt werden (wie Verbände befürchten). Die Anforderungen für die neue Beschäftigungsduldung sind derart hoch, dass sie in der Praxis kaum erfüllt werden können.

Unabhängig von verschiedenen Defiziten einer fortschrittlichen Einwanderungspolitik bemühen sich verschiedene Akteure für die Verbesserung der Situation von MigrantInnen in den verschiedenen Lebensbereichen. Einer und für mich zentraler Akteur sind die Diasporaverbände, weil sie mit ihrer Expertise als Brückenbauer zwischen den verschiedenen Gruppierungen und der nationalen Politik agieren. Mein Dank gilt daher denjenigen, die sich für die Interessen und Belange derer einsetzen, die ihren Lebensmittelpunkt bzw. ihre Heimat verlassen haben, teils freiwillig teils unfreiwillig. Vielen Dank!